Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973
1952

28 (2.2.1952)

Visual Library

ETTLINGER ZEITUNG

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pf. — (Preisliste Nr. 3.) (Tel. aufgegeb. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden

Badischer Landsmann gegründet 1896

Süddeutsche Heimatzeitung für den Albgau

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

4./53. Jahrgang — Samstag, den 2. Februar 1952 — Nr. 28

Die Freiheit ist einen hohen Preis wert

Aufrüstung oder gesamtdeutsche Regierung? – Ein Gespräch mit Dr. Heinemann und Frau Wessel – Die Antwort Dr. Gerstenmaiers

Stuttgart (ZSH). Der frühere Bundesinnenminister Dr. Heinemann und die seitherige Zentrumsführerin, Frau Wessel, kamen nach Stuttgart, um für die Ziele ihrer „Notgemeinschaft für den Frieden" zu werben. Dieser Umstand gab Gelegenheit zu einem ganz instruktiven Gespräch mit diesen beiden Politikern, die eine „Sammlungsbewegung" ins Leben riefen, die durch eine Petition an den Bundestag eine Aufrüstung der Bundesrepublik verhindern und die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung erreichen will.

Dr. Heinemann geht dabei von dem Grundgedanken aus, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands unmöglich gemacht werde, wenn nach den Plänen des Bundeskanzlers auf dem Wege über die Integration Europas eine enge Bindung der Bundesrepublik an die Europa-Armee und damit an die Politik der USA erfolgt. Der einstige Bundesinnenminister ist der Auffassung, daß jeder Verteidigungsbeitrag die künftige Einheit Deutschlands automatisch ausschließen müßte, eine Verwirklichung der Pläne des Bundeskanzlers also gleichbedeutend mit einer „Abschreibung des Ostens" sei. Obwohl er aber meint, daß eine gesamtdeutsche Regierung das „totalitäre Regime der Ostzone aus dem Sattel kippen" könnte, sieht er in der Wirklichkeit doch wenig Aussichten zur Erreichung dieses Zieles. Ob jedoch eine solche Gesamtregierung und gesamtdeutsche Wahlen zustandekommen könnten, müßte nach seiner Ansicht erst einmal „ausprobiert" werden.

Obgleich Heinemann konzediert, daß ein Abzug der Besatzungsmächte aus Deutschland erst nach einem Friedensvertrag zu erwarten ist, hält er eine allgemeine Verständigung zwischen Moskau und Washington nicht für ausgeschlossen, ja sogar im deutschen Interesse für erstrebenswert. Deutschland — so argumentiert Heinemann — müsse in jedem Fall aus den Konflikten der anderen Mächte „ausgeklammert" werden, was nur im Falle der Wiederherstellung seiner Einheit möglich sei. Dabei denkt Heinemann anscheinend aber nicht an eine Neutralisierung Deutschlands und er ist auch kein „Gegner des Waffendienstes" an sich, da eine Armee zu den Hoheitsrechten jedes Staates gehöre. Frau Wessel pflichtete dieser Auffassung bei und betonte, daß sie ebenfalls keine „Pazifistin" sei.

Eine westdeutsche Aufrüstung — so spinnt Dr. Heinemann auf diesbezügliche Fragen das Gespräch fort — sei überhaupt nicht mehr nötig, um Rußland „im Zaum zu halten". Da ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte bereits bestehe, sei ein Angriff Moskaus nicht zu erwarten. Frau Wessel scheint jedoch diese Auffassung nicht zu teilen, denn sie bezog sich zur Erläuterung der militärischen Schwäche und der Fragwürdigkeit des Begriffs Europa auf den enormen Blut- und Materialeinsatz der Franzosen in Indochina, bezeichnete jeden dritten Italiener als Kommunisten und meinte sogar, in etwas kühner Auslegung einer Äußerung des spanischen Außenministers, Spanien wolle in jedem Falle neutral bleiben, indes England sich vom Kontinent fernhalte.

Auf die Frage, wie sich die „Notgemeinschaft" die Herstellung der deutschen Einheit vorstelle, konnten beide Politiker keine präzise Auskunft geben; sie erwiderten vielmehr, man müsse eben ein solches „Experiment" versuchen. Frau Wessel erhob in diesem Zusammenhang den Vorwurf gegen Dr. Adenauer, daß seine Politik die deutsche Einheit gefährde, ja sogar direkt unmöglich mache. Die Entsendung einer UN-Kommission zur Prüfung der Wahlvoraussetzungen hält Heinemann für einen „Bluff", den er ebenso wie die Machthaber der Ostzone abgelehnt hätte. Aber, so meint er, die Russen würden ihre bisherige Haltung revidieren, wenn man durch Verzicht auf die Aufrüstung der Bundesrepublik den entsprechenden Preis bezahle. Daß freie Wahlen in Ostdeutschland in absehbarer Zeit möglich sind, glaubt Dr. Heinemann allerdings nicht.

Beanstandend, daß die 14 Punkte des Bundestages für gesamtdeutsche Wahlen nicht auch den Ostmachthabern, sondern nur den drei Westmächten und den UN übermittelt wurden, schlug Heinemann abschließend vor, den bayerischen Ministerpräsidenten Ehard an die Spitze einer Regierungskommission zu stellen, die mit der ostdeutschen Regierung verhandeln soll.

Die Erwiderung

Auf diese Darlegungen Dr. Heinemanns und Frau Wessels erfolgte sehr rasch eine Reaktion der CDU. Dr. Gerstenmaier verwahrte sich vor allem sehr energisch gegen die Unterstellung eines anderen Zieles der Bundesregierung, wobei der Anschein erweckt wurde, als ob diese nicht etwa für die Sicherung des Friedens und der Freiheit unseres Volkes wirken wolle. Eine Verständigung zwischen Washington und Moskau — so meinte er — würde unvermeidlicherweise auf dem Rücken Deutschlands ausgetragen. Der Gedanke Heinemanns, etwa als ersten Schritt zu einer gesamtdeutschen Regierung zum Status Österreichs zu gelangen, sei gleichbedeutend mit einer Rückkehr zum Status des Kontrollrats mit einem Vetorecht der Russen innerhalb des deutschen Lebens.

Eine deutsche Verständigung mit dem Osten hätte aber zur Bedingung, daß eine Minderung unserer staatsrechtlichen und demokratischen Freiheiten nicht eintritt. Solche Garantien dürften aber unter den jetzigen Verhältnissen nicht erwartet werden. Moskau denke nicht an eine Verhandlungsbereitschaft mit schwachen Partnern. Das Kernproblem sei also zunächst, den Westen so stark wie möglich zu machen.

Politisch und militärisch sieht Gerstenmaier durchaus das Vorhandensein eines Gleichgewichts zwischen West und Ost, aber nur deshalb, weil sich die USA sehr stark in Europa engagiert haben. Wenn jedoch in Amerika sich der Eindruck durchsetzen sollte, daß die Europäer, einschließlich der Deutschen, nicht ausreichende Opfer zur Sicherung ihrer Freiheit bringen wollen, dann bestehe die Gefahr, daß die USA sich in die Isolation zurückziehen. Wenn wir eine Chance hätten, um die geforderten zwölf Divisionen herumzukommen, dann wäre er sofort bereit, einen solchen Weg einzuschlagen. Sehr scharf distanzierte sich Gerstenmaier jedoch von einer Art modifizierter Rapallo-Politik der „Familie Heinemann-Wessel", die das Vertrauen in die Ehrlichkeit der deutschen Demokratie zerstöre.

Die Ablehnung eines Verteidigungsbeitrages — so fuhr der CDU-Sprecher fort — müßte von den Westmächten als ein Verzicht auf die europäische Schicksalsgemeinschaft und gleichzeitig auch als Verzicht auf die uns gegebenen Sicherheitsgarantien ausgelegt werden. Nach seiner Meinung sei die Freiheit einen hohen Preis wert, auch wenn dieser Preis — leider — zur Zeit in Höhe von zwölf Divisionen gefordert werde. Wer die Föderation Europas ablehne, gäbe damit zugleich auch das letzte Mittel zur Sicherheit der deutschen Freiheit aus der Hand.

Bundesrat einstimmig für Schumanplan

Billigung trotz einiger Bedenken – Adenauer nimmt zur Saarfrage Stellung

Bonn (UP). Die Bundesrepublik Deutschland ratifizierte am Freitag als erstes der sechs Schumanplanländer den Vertrag über die europäische Kohle- und Stahlunion, in der die Schwerindustrien der Bundesrepublik, Frankreichs, Italiens und der Benelux-Staaten für 50 Jahre zusammengeschlossen werden sollen. Der Bundesrat stimmte einstimmig dem Vertragswerk zu. Das Gesetz über die deutsche Zustimmung zum Schumanplan bedarf nunmehr noch der Unterzeichnung durch den Bundespräsidenten und der Verkündung im Bundesgesetzblatt, um Rechtskraft zu erlangen.

Der Bundestag hatte dem Ratifizierungsgesetz bereits am 11. Januar mit 232 gegen 143 Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

Der Bundesrat sah es trotz seiner Zustimmung als notwendig an, eine Reihe von Bedenken anzumelden, die ihm von seinem Außenpolitischen und Wirtschaftspolitischen Ausschuß empfohlen worden waren. So vertritt der Bundesrat angesichts der jüngsten Schritte der französischen Regierung an der Saar die Auffassung, daß die französischen Maßnahmen dem völkerrechtlichen Status des Saargebietes, das nach wie vor ein Teil Deutschlands sei, widersprechen.

Der Bundesrat stellte weiter fest, die Bundesregierung habe noch nicht alle Voraussetzungen erfüllen können, die dem Bundesrat vor der Ratifizierung notwendig erschienen. Die Bundesregierung wird in diesem Zusammenhang gebeten, klarzustellen, daß die Produktions- und Kapazitätskontrollen in der Eisen- und Stahlindustrie aufgehoben werden, und daß diese Aufhebung nicht von der Übernahme irgendwelcher Funktionen durch die Hohe Behörde des Schumanplans abhängig gemacht werden darf. Die Regierung soll ferner darauf hinwirken, daß etwa in die zweiseitigen Verträge übernommene Bestimmungen, die im Zusammenhang mit dem Entflechtungsgesetz stehen, dem nach dem Schumanplan zulässigen Zusammenschluß von Unternehmen des deutschen Kohlenbergbaus und der Eisen- und Stahlindustrie nicht entgegenstehen. Auch hinsichtlich des Investitionsbedarfs der deutschen Stahlindustrie und der Regelung des deutschen Kohlenabsatzes konnte sich der Bundesrat mit dem gegenwärtigen Status nicht einverstanden erklären. Die Ländervertreter wünschen schließlich eine Klärung dahingehend, daß auch Westberlin in den Schumanplanvertrag und im Falle der Wiedervereinigung das ganze Deutschland mit allen Pflichten und Rechten in die Vertragsgemeinschaft aufgenommen wird.

Während der nur etwa 20 Minuten dauernden Sitzung des Bundesrats ergriff Bundeskanzler Adenauer das Wort zu seiner ersten offiziellen Stellungnahme im Zusammenhang mit dem Saarproblem. Er sagte, die jetzigen Vorgänge an der Saar seien ein Versuch, der endgültigen Regelung des Status an der Saar in einem Friedensvertrag vorzugreifen. In weiten Kreisen Deutschlands sei der Glaube daran erschüttert worden, daß man in Frankreich eine wirkliche Partnerschaft mit der Bundesrepublik, wie sie als Grundlage einer Verteidigungsgemeinschaft notwendig sei, ernsthaft wolle. Dr. Adenauer sagte, die Ernennung Grandvals zum Botschafter in Saarbrücken könne nur im Zusammenhang mit einer Presseerklärung des stellvertretenden französischen Hochkommissars in Deutschland, Armand Berard, richtig gewürdigt werden. Berard habe erklärt, daß den französischen diplomatischen Vertretungen Vertreter des Saargebiets beigegeben würden. Ferner habe die der französischen Regierung nahestehende „Saarbrücker Zeitung" die Ernennung Grandvals als einen Anfang der Schaffung eines neuen Staates bezeichnet.

Ein Regierungssprecher in Bonn erklärte, die Bundesregierung verfolge das Ziel, im Saargebiet die demokratischen Freiheiten wiederherzustellen. Dabei dürfe aber nicht vorausgesetzt werden, daß die Bundesregierung eine Volksabstimmung an der Saar oder eine Internationalisierung des Gebiets in den Vordergrund ihrer Beratungen stellen wolle.

Beide Punkte — sowohl die Volksabstimmung wie die Internationalisierung — seien im übrigen keine neuen Gesichtspunkte. Zu den demokratischen Freiheiten im Saargebiet gehören nach Auffassung der Regierung neben der Freiheit der Meinungsäußerung und der politischen Betätigung auch die Verabschiedung eines demokratischen Wahlgesetzes und Erleichterungen im Reiseverkehr zwischen dem Saarland und der Bundesrepublik.

Kardinal Frings erhält Großkreuz

Bischof Dibelius lehnt Auszeichnung ab

Bonn (UP). Der Bundespräsident wird Kardinal Erzbischof Dr. Josef Frings in Köln, dem Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, zu dessen bevorstehendem 65. Geburtstag das Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik verleihen. Mit dieser Auszeichnung soll das staatspolitische und sozialethische Wirken des Erzbischofs gewürdigt werden.

Der Bundespräsident hatte vorgesehen, auch Bischof D. Dr. Otto Dibelius, den Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, mit dem Großkreuz auszuzeichnen. Bischof Dibelius hat jedoch in einer vertrauensvollen und freundschaftlichen Aussprache den Bundespräsidenten gebeten, von dieser Auszeichnung Abstand zu nehmen, so lange er, Dibelius, sein kirchliches Amt verwalte.

Dem Senator a. D. Dr. Paul de Chaupeaurouge, Hamburg, und dem Professor Dr. med. Hermann Kehl, Siegen, wurde das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik für außerordentliche Verdienste verliehen.

Noch vier strittige Punkte in Korea

Schwere Verluste der UN-Luftstreitkräfte

Seoul (UP). Die Waffenstillstandsdelegationen in Pan Mun Jon haben die Debatte über den Plan der Alliierten zur Überwachung des Waffenstillstandes beendet, ohne sich über vier wesentliche Punkte einigen zu können: das Recht der Kommunisten zur Anlage neuer Flugplätze in Nordkorea, die Anzahl der den beiden Parteien zustehenden Nachschubhäfen, Bestimmungen über die Ablösung der Truppen und den Status der Inseln, die außerhalb der Demarkationslinie liegen. Die Verhandlungen über die strittigen Punkte werden weitergeführt.

Die Alliierten nominierten ferner Norwegen, Schweden und die Schweiz als Staaten, die in dem neutralen Ausschuß vertreten sein sollen, der den Waffenstillstand hinter den Linien überwacht.

Nach einem Bericht der 5. Luftflotte haben die UN-Streitkräfte im Januar 50 Flugzeuge verloren, von denen 44 den gegnerischen Flugzeugabwehrkanonen zum Opfer gefallen sind. Im Dezember betrugen die alliierten Verluste 35 Maschinen.

Zwei französische Offiziere, die ein Jahr an der Front in Korea verbracht haben, berichteten auf einer Pressekonferenz in Paris über die Zustände an der Front. Die Streitkräfte der UN, sagten sie, stünden einer gut ausgerüsteten und ausgebildeten Armee von etwa einer Million Mann gegenüber, die zu 90 Prozent aus Chinesen bestehe. Die Moral der Chinesen sei außerordentlich gut. Sie seien größtenteils mit amerikanischen Panzern ausgerüstet, die aus den Beständen der nationalchinesischen Armee stammten. Die Gewehre seien sowjetischen Ursprungs, man fände aber auch amerikanische und britische Waffen.

Das Experiment Libyen

Von Eduard Funk

Als dieser Tage ein britischer Kreuzer den Hafen von Tripolis anlief, stand an der Spitze einer am Kai harrenden Gesellschaft von Männern die hohe Gestalt eines Arabers in weißem Haik und grüngekordeltem Burnus, der seinen Träger als Abkömmling der Familie Mohammeds ausweisen soll. Mit auf der Brust gekreuzten Armen verbeugte sich der Araber auffallend tief vor den beiden Herren, die als erste den Rollgang des Kreuzers herabkamen. Dann geleitete er sie zu einem Kraftwagen, der zum hochragenden Schloß von Tripolis fuhr.

Dort im gleichen Saal, in dem einst Marschall Graziani die Notabeln Tripolitaniens, die Häuptlinge aus der Cyrenaika und dem Fezzan mit der Würde eines römischen Imperators zu empfangen pflegte, begrüßte Mahmud Bey Mantusser, der Ministerpräsident des erst wenige Wochen alten Königreiches Libyen, seine Gäste. Dann zog er sich mit ihnen in ein verschwiegenes Gemach zurück. Was dort gesprochen wurde, hat bis jetzt noch niemand erfahren. Doch lassen sich unschwer die wahrscheinlich richtigen Kombinationen anstellen, wenn man weiß, daß die beiden britischen Besucher ein Vertreter des Londoner Auswärtigen Amtes und ein General der englischen Luftwaffe waren.

Worauf es dem letzteren ankam, erfuhr man indirekt durch die Tatsache, daß am vergangenen Donnerstag zwei britische Luftgeschwader in Benina bei Bengasi und El Adem bei Tobruk landeten. Bezeichnenderweise machte man nämlich in London daraus kein Geheimnis, sondern berichtete so laut, daß es in Kairo nicht überhört werden konnte, daß bedeutende britische Luft- und Seestreitkräfte im Hinblick auf die ungewisse Situation in Ägypten zusammengezogen worden seien.

Die Überlassung von Luft- und Seestützpunkten war eine der Grundbedingungen, unter denen sich England bereit erklärte, Libyens Streben nach Unabhängigkeit zu unterstützen. Dabei konnte es sich durchaus auf den jetzigen Herrscher dieses merkwürdigen Staates verlassen. Acht Jahre lang hatte sich der Gedissenussi der Cyrenaika gegen die italienische Herrschaft empört, bis Marschall Graziani endlich auch die letzten Widerstandsnester zusammenschlug. Emir Idris floh nach Ägypten, wo er sich sofort den Engländern anschloß und deren Untergrundtätigkeit im nordafrikanischen Reich des Faschismus unterstützte. Dafür erhielt er zunächst den Titel eines „Ritters des Britischen Empire" und jetzt eine Krone zum Lohn.

Aber die Krone, die Sayed Mohammed Idris el Senussi nunmehr trägt, ist eine sehr schwere Bürde, denn er ist der Herrscher des ärmsten Landes der Welt und nicht einmal unangefochtener Monarch über die stets rebellierenden Wüstenstämme. König Idris kam in der Tat auch nur durch einen raffinierten Schachzug an die Macht, denn Libyen wurde zum Bundesstaat deklariert, dessen drei Teile — Tripolitanien, Cyrenaika und Fezzan — gleichberechtigt nebeneinander stehen. Während die Senussi in den beiden letztgenannten Gebieten als wirkliche Herren der Oasen und des schmalen Küstenstreifens angesehen werden können, ist dies in Tripolitanien durchaus nicht der Fall. Der Fezzan hat nur etwa 45 000 Bewohner, die Cyrenaika ungefähr 300 000. Infolge ihrer Gleichberechtigung, die geradezu grotesk anmutet, kam es nun, daß die rund 45 000 Araber des Fezzan in der Verfassunggebenden Versammlung genau dieselbe Stimmenzahl hatten, wie die knapp 900 000 Einwohner Tripolitaniens. Die Stämme der Cyrenaika und des Fezzan, die lediglich ein gutes Drittel der Gesamtbevölkerung des neuen Königreiches ausmachen, können deshalb stets mit Zwei-Drittel-Mehrheit die Abgeordneten von Tripolis majorisieren.

Dank des lebhaften strategischen Interesses, das England, die USA und Frankreich für sein Land hegen, braucht aber König Idris kaum Angst um seinen Thron zu haben. Seine Zukunftssorgen sind vielmehr ganz anderer Art: Ausgehend von der Erinnerung, daß Nordafrika vor zweitausend Jahren die Kornkammer Roms war, die zugrunde ging, weil man die großen Wälder abholzte und dann die ewig wandernden Dünen ein Stück Acker nach dem anderen unter sich begruben, begann Mussolini eine großzügige und kostspielige Kolonisierungspolitik. Er ließ das ganze Küstengebiet durch moderne Straßen erschließen; Wasserleitungen mit einer Länge von zweitausend Kilometern wurden von den Italienern gelegt, Hunderte und Aberhunderte von Brunnen gebohrt. Der Aufwand lohnte sich. Über hunderttausend italienische Kolonisten schufen neue Siedlungen mit Feldern und Gärten, deren Ertrag so rasch stieg, daß Libyen schon nach einem Jahrzehnt wieder seine Erzeugnisse exportieren konnte. Kleinere Industrien waren entstanden; Ingenieure und Handwerker sorgten für ein aufblühendes Wirtschaftsleben.

Aber nach dem zweiten Weltkrieg wurden 70 000 Italiener und damit die für das Land so wichtigen Kolonisten und Fachkräfte vertrieben. Ihre Siedlungen verfielen, die Wasserleitungen wurden zerstört, die Brunnen erstickten wieder im Sand. So ist also binnen sieben Jahren das vorbildlichste Kultivierungswerk der modernen Geschichte fast restlos zunichte gemacht worden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Wie aber soll nun in diesem verwüsteten Land, dessen nomadisierenden Stämme keine Ahnung von wirtschaftlichen Notwendigkeiten, von technischen Fähigkeiten und Verwaltung haben, die zum größten Teil Analphabeten sind, ein lebensfähiger, moderner Staat geschaffen werden? Die Westmächte müssen deshalb — da Idris aus eigenen Kräften eine solche Aufgabe niemals bewältigen kann — in die Bresche springen. England hat das gesamte Haushaltsdefizit in Höhe von 1,7 Millionen Pfund Sterling übernommen. Die Amerikaner versprachen für dieses Jahr 2 Millionen Dollar Subventionen und die UN stifteten weitere 10 Millionen Dollar.

Damit ist Idris wohl der drängendsten Sorgen enthoben, aber er mußte als Gegenleistung seinen Schutzpatronen vielerlei Zugeständnisse machen. Mag der heute 61jährige Wüstenkönig auch auf seine „Unabhängigkeit" stolz sein, in Wirklichkeit ist er ärmer und ohnmächtiger als etwa der Sultan von Sansibar oder ein Negerhäuptling der Goldküste.

Währungsfreiheit garantiert Sicherheit

Faure: Finanz-Strategie muß Militär-Strategie unterstützen — Eisenhower mahnt

Paris (UP). Der französische Ministerpräsident Edgar Faure bezeichnete vor der Presse die Wiederherstellung der freien Konvertierbarkeit der westeuropäischen Währungen als die einzige Garantie für die Sicherheit. Faure forderte die Beseitigung der ständig schwankenden Wechselkurse. Eine großzügige militärische Strategie sei zwecklos, solange es keine gesunde Finanz-Strategie gäbe, die das Vertrauen der Heeresverbände stärke und eine sichere wirtschaftliche Grundlage für die Heimatfront schaffe. Faure sagte, daß Frankreich seine Rüstungsausgaben in diesem Jahre um fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöhen werde. Eine weitere Steigerung sei jedoch nicht möglich, ohne daß Frankreich das Risiko auf sich nähme, seine Finanzen zu ruinieren. Bei der Aufstellung des gemeinsamen Verteidigungsbudgets, für das Frankreich der Nordatlantikpakt-Organisation die erforderlichen Unterlagen geben werde, dürfe man die französischen Verpflichtungen in Indochina nicht vergessen. Der Krieg dort koste Frankreich jährlich rund eine Milliarde Dollar.

In diesem Zusammenhang betonte Faure, daß die Bundesrepublik nicht die gleichen überseeischen Verpflichtungen zu erfüllen habe wie Frankreich. Man könne daher erwarten, daß sie einen gerechten Anteil an den Kosten für eine rein europäische Verteidigung leisten werde.

Zu den tunesischen Forderungen nach einer weitgehenden Selbstverwaltung, erklärte Faure, es sei das Ziel Frankreichs, die demokratische Entwicklung der freien Völker zu sichern. „Unsere Aufgabe wird es jetzt sein, eine Formel zu finden, die der zeitlichen Entwicklung entspricht." Frankreich habe nicht die Absicht, an einem im Jahre 1881 unterzeichneten Vertrag unverändert festzuhalten.

General Eisenhower, der Oberbefehlshaber der atlantischen Streitkräfte in Europa, erklärte in einer Rundfunkansprache, daß Europa das zur Stärkung seiner Sicherheit gesteckte Ziel noch lange nicht erreicht habe. Er appellierte an die westeuropäischen Alliierten, nicht untätig zu bleiben und den USA die Arbeit allein zu überlassen. Dabei dürfe niemals außer acht gelassen werden, daß es nur bei wirklich enger Zusammenarbeit eine kollektive Sicherheit geben könne. Dabei müsse jeder einzelne Partner ein großes Maß an Selbstvertrauen besitzen. 1952 müßten noch bessere Ergebnisse der gemeinsamen Bestrebungen erzielt werden als im vergangenen Jahr.

Keine „en bloc"-Aufnahme neuer Mitglieder

Knappe Sowjet-Niederlage bei den UN — Rußland schuldig gesprochen

Paris (UP). Die Generalversammlung der UN billigte mit 43 gegen 8 Stimmen und 7 Enthaltungen eine peruanische Resolution, wonach die Aufnahme neuer Mitglieder davon abhängig gemacht werden soll, ob die Kandidaten die Prinzipien der UN-Charta erfüllen. Eine sowjetische Resolution, in der die „en bloc"-Aufnahme von 14 neuen Mitgliedstaaten vorgeschlagen worden war, erreichte mit 22 gegen 21 Stimmen bei 16 Enthaltungen nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit.

Sowjetrußland hatte folgende Kandidaten eingereicht: Albanien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn und die äußere Mongolei. Dem hatte der Westen nachstehende Anwärter gegenübergestellt: Italien, Jordanien, Irland, Portugal, Österreich, Finnland, Nepal, Ceylon und Libyen. Beide Gruppen von Staaten, außer Libyen, standen bereits auf der Anwärterliste der vorausgegangenen Generalversammlung, waren jedoch im Sicherheitsrat entweder dem sowjetischen oder dem westlichen Veto zum Opfer gefallen.

Die Generalversammlung hat ferner die Sowjetunion der Verletzung des sowjetisch-nationalchinesischen Vertrages von 1945 schuldig gesprochen. Die Klage der Delegation Tschiangkaischeks wurde mit 25 gegen 9 Stimmen bei 25 Enthaltungen gutgeheißen. Großbritannien, Frankreich sowie eine Reihe anderer Staaten enthielten sich der Stimmen mit der Begründung, daß Resolutionen, die an und für sich nur historischen Wert haben, die ohnehin angespannte Lage im Fernen Osten nur noch verschlechtern könnten. Die Resolution der Formosaregierung wirft der Sowjetunion vor, alle Bestrebungen Tschiangkaischeks um Wiederherstellung der Souveränität der Mandschurei blockiert und die Rotchinesen mit Waffen unterstützt zu haben.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen stellt zur Zeit einen Bericht über die Behandlung der gesamtdeutschen Frage vor den Vereinten Nationen zusammen. Darin wird festgestellt, bei den Verhandlungen vor den UN sei sofort zu erkennen gewesen, daß die Sowjetunion und die Ostblockstaaten nicht beabsichtigten, sich an einer echten Aussprache über unparteiische und internationale Sicherung gesamtdeutscher Wahlen zu beteiligen.

Keine Aufhebung des Mieterschutzes?

Bundesrat hält Regierungsverordnung für unwirksam

Bonn (UP). Der Bundesrat hält die Verordnung der Bundesregierung über die Aufhebung des Mieterschutzes bei gewerblich genutzten Räumen und unbebauten Grundstücken für unwirksam, da die Bundesregierung nicht zum Erlaß einer solchen Verordnung ermächtigt sei und im übrigen die Verordnung der Zustimmung des Bundesrates bedurft hätte.

Die Ländervertreter empfahlen, die Bestimmungen der beanstandeten Verordnung in den Gesetzentwurf der Bundesregierung über die richterliche Vertragshilfe einzubauen. Jedoch müsse vorher noch die wirtschaftspolitische Zweckmäßigkeit der Aufhebung des Mieterschutzes für Geschäftsräume geprüft werden. Das Bundesjustizministerium bezeichnete jedoch die Verordnung über Ausnahmen vom Mieterschutz nach wie vor als rechtsgültig.

Nach einer vom Bundesrat gebilligten Verordnung müssen Getreidehändler künftig Getreidevorräte zum Verkauf anbieten, wenn sie mehr als 30 Tonnen auf Lager haben. Zu dem Regierungsentwurf eines Flurbereinigungsgesetzes machte der Bundesrat nicht weniger als 95 Änderungsvorschläge. Der Bundesrat billigte ferner den Entwurf eines Postverwaltungsgesetzes. Der Entwurf geht nunmehr an den Bundestag. Außerdem stimmten die Ländervertreter einer weiteren Stundung der Soforthilfe-Abgabe für kleine und landwirtschaftliche Betriebe zu. Der Bundestag hat der Stundung schon zugestimmt. Nach einer ebenfalls gebilligten Verordnung werden die Gebühren des Standesamtes für amtlich beglaubigte Abschriften erhöht.

Zu niedere Beamtenbesoldung

Bundesfinanzminister Schäffer hat den Gewerkschaften eine enge Zusammenarbeit bei der Ausarbeitung des neuen Beamtenbesoldungsgesetzes zugesagt. Der DGB, in dessen angeschlossenen Gewerkschaften rund eine Million Beamte und Angestellte erfaßt sind, habe, so verlautet von Gewerkschaftsseite, dem Finanzminister berichtet, daß unter Zugrundelegung der amtlichen Indexzahlen für Lebenshaltungskosten der Rückgang des Realeinkommens der Beamten gegenüber 1938 zum Teil mehr als vierzig Prozent betrage. Die Höhe der Beamtenbesoldung, die immer noch auf dem Besoldungsgesetz von 1927 beruhe, werde vom DGB auch nach der Gewährung der 20proz. Teuerungszulage als völlig unzureichend abgelehnt. Die notwendige Reform müsse die einwandfreie Sicherung eines ausreichenden Lebensunterhaltes aller Beamtengruppen bringen und zu einer vereinfachten und verständlichen Regelung des gesamten Besoldungsrechts führen. Die Lehrerbesoldung erfordere entsprechend der Struktur und Eigenart des Lehrerberufes eine gesonderte Regelung. Die nach dem Grundgesetz gewährte Gleichstellung der weiblichen und männlichen Beamten müsse durchgeführt werden. Unter den heutigen veränderten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen sei auch eine völlige Umarbeitung und Verringerung der Ortsklassenverzeichnisse notwendig.

Polizeiaktion erfolgreich

Die vom Bundesverfassungsgericht angeordnete Aktion gegen die Parteizentralen und andere Amtsräume der KPD und SRP sei erfolgreich und planmäßig verlaufen, berichtete ein Regierungssprecher der Presse in Bonn. Man habe „interessantes Material" gefunden, und es seien keine nennenswerten Störungen aufgetreten.

Der Regierungssprecher wandte sich in diesem Zusammenhang gegen die scharfe Kritik kommunistischer Sprecher und der SED, die der Bundesregierung vorwarfen, die „bisher größte Terrorwelle" entfesselt und einen offenen Rechtsbruch begangen zu haben. Demgegenüber stellte die Bundesregierung fest, daß die gesetzlich verankerten Maßnahmen des Verfassungsgerichts nicht mit den Aktionen der Ostzonen-Volkspolizei verglichen werden könnten. Die Volkspolizei sei an kein Gesetz gebunden. Bei den Maßnahmen des Verfassungsgerichts sei die Freiheit der Persönlichkeit in jedem Fall gewahrt geblieben.

Paris (UP). Wie aus zuverlässigen diplomatischen Kreisen verlautet, sind der britische Außenminister Eden und der französische Außenminister Schuman in einer länger als vierstündigen Aussprache übereingekommen, die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO nicht zu befürworten.

Eden war nach Paris gekommen, um seinen französischen Kollegen über die Washingtoner Gespräche zwischen Churchill und Truman zu unterrichten. Die beiden Außenminister treffen am Samstag erneut zusammen.

Dem französischen Außenminister nahestehende Beamte erklärten, die Unterredung mit Eden sei „sehr zufriedenstellend" verlaufen. Beide Staatsmänner seien sich in den wesentlichsten Fragen einig, die auf der Londoner Konferenz am 13. und 14. Februar und auf der Atlantikpaktratssitzung am 16. Febr. in Lissabon zur Sprache kommen werden. Beide Staatsmänner sollen übereingekommen sein, daß es nicht ratsam sei, den Bundeskanzler in London zu allen Besprechungen hinzuzuziehen. Eden billigte weiterhin die Haltung seines Kollegen in der Saarfrage und gab zu, daß Großbritannien über die französische Absicht orientiert gewesen sei, den Hochkommissar im Saargebiet durch einen Botschafter abzulösen.

Die Bedeutung, die Frankreich der deutschen Frage beimißt, wird durch die Tatsache unterstrichen, daß der französische Premierminister Faure selbst die französische Delegation auf der NATO-Konferenz in Lissabon führen wird.

US-Außenminister Acheson hat sich bereit erklärt, an der Konferenz der westlichen Außenminister mit Bundeskanzler Adenauer in London teilzunehmen.

Die Bundesregierung hat inzwischen auf dem üblichen diplomatischen Weg Informationen erhalten, die eine Konferenz der Außenminister der drei Westmächte und der Bundesrepublik in London am 13. und 14. Februar sehr wahrscheinlich erscheinen lassen. Die Meldung über die Teilnahme des Bundeskanzlers hat in Paris überrascht. Ein französischer Regierungssprecher sagte, er habe den Eindruck, daß diese Frage noch nicht endgültig entschieden sei.

Die Wirtschaftsberater der Hochkommissare werden am Wochenende ebenfalls nach Paris fahren, um den „Drei Weisen" für Auskünfte über die deutsche Leistungsfähigkeit bezüglich eines finanziellen Verteidigungsbeitrages zur Verfügung zu stehen.

BHE: Zuerst soziale Frage

Ein Wehrbeitrag dürfte die soziale Entwicklung des deutschen Volkes keinesfalls gefährden, heißt es in einer Erklärung des Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten. Der BHE fordert gleiches Recht für alle in der Innen- und Außenpolitik. Als Voraussetzung hierzu sieht er die Lösung der dringendsten sozialen Fragen, wie Wohnungsbau, einen echten Lastenausgleich und die Eingliederung der Vertriebenen und Geschädigten im Sinne einer sozialen Neuordnung an. Ohne eine soziale Befriedung sei eine echte Volksgemeinschaft mit einem gesunden Wehrwillen nicht möglich. Der BHE macht seine Zustimmung zur Aufstellung deutscher Truppen von der Erfüllung der sozialen Voraussetzungen abhängig. Zu der geforderten Gleichberechtigung gehöre auch die Wiederherstellung der deutschen Soldatenehre. Der BHE wendet sich gegen eine Verknüpfung von Generalvertrag und Wehrbeitrag.

Bayernpartei sagt „Nein"

Der Landesvorsitzende der Bayernpartei, Dr. Josef Baumgartner, erklärte in einer außerordentlichen Sitzung der Landesleitung des Landesausschusses und der Bundes- und Landtagsfraktion der Bayernpartei in München zur Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrages: „Zu den Methoden Adenauers und der Bundesrepublik, uns vor die vollendete Tatsache eines Wehrbeitrages zu stellen, sagt die Bayernpartei eindeutig nein. Die bisherigen und weiter beabsichtigten Methoden der Remilitarisierung und eines Wehrbeitrages stehen zu der Entstehungsgeschichte der Bundesrepublik und des Grundgesetzes sowie zu den klaren Bestimmungen des Grundgesetzes und der bayerischen Verfassung im unvereinbaren Widerspruch." Dr. Baumgartner sagte, es sei ein unerhörter Zustand, wenn es in einer modernen Demokratie möglich ist, daß der Sicherheitsbeauftragte Theodor Blank über den Rundfunk bekanntgibt, daß 400 000 Mann deutscherseits aufgestellt werden, ohne daß zu dieser lebenswichtigen Frage ein Mensch gehört wird.

Auch DP stellt Bedingungen

Die Bundestagsfraktion der Deutschen Partei hat sich dem Vorgehen der Freien Demokraten angeschlossen, und ihrerseits fünf Bedingungen an ihre Zustimmung zu einem deutschen Verteidigungsbeitrag geknüpft. Die Forderungen decken sich inhaltlich mit den bereits veröffentlichten Bedingungen der FDP.

Aufnahme in Atlantikpakt fraglich

Eden und Schuman dagegen - Adenauer soll nicht alles wissen

Vertrauen für Kabinett de Gasperi

Rom (UP). Das Kabinett de Gasperi erhielt von der italienischen Abgeordnetenkammer mit 285 gegen 233 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen das Vertrauen ausgesprochen. Die Vertrauensfrage war mit einem Antrag der Regierung verbunden, in dem die jährlichen Gehaltserhöhungen für Beamte auf insgesamt 61,8 Milliarden Lire (rund 410 Millionen DM) beschränkt werden. Mit der Annahme des Antrages wurde automatisch die Gehaltserhöhung von insgesamt 70 Milliarden Lire (rund 480 Millionen DM) aufgehoben, die das Abgeordnetenhaus in der vorigen Woche gegen den Wunsch der Regierung den Beamten bewilligt hatte.

Kongreßpartei hat sich behauptet

New Delhi (UP). Die indische Kongreßpartei hat sich bei den allgemeinen Wahlen zum Parlament, bei denen rund 170 Millionen Menschen teilnehmen, behauptet und die Mehrheit in acht von neun großen Provinzen erhalten. Die Linksparteien haben nach den bisherigen Ergebnissen nicht die Erfolge gehabt, auf die sie hofften, aber es hat sich gezeigt, daß die Kommunisten mehr Stimmen erhalten haben als die Sozialisten. Während die Kommunisten ihre Haupterfolge im Süden Indiens hatten, behauptete die Kongreßpartei ihre Stellungen in den meisten sogenannten Fürstenstaaten und in Mittel-Indien. Man rechnet damit, daß die Kongreßpartei in der neuen Regierung ihre führende Stellung behaupten wird, obwohl sie Stimmenverluste hinnehmen mußte.

Dörfer in Kenia überfallen

Nairobi (UP). Angehörige des Gelubba-Stammes in Abessinien überfielen mehrere Dörfer am Rudolf-See südlich der abessinischen Grenze in Kenia und töteten 5 Männer, 20 Frauen und 40 Kinder. Die Bande war mit Gewehren und Speeren bewaffnet. Sonderaufgebote der Polizei und der Eingeborenenarmee sind den bedrohten Dörfern zu Hilfe geeilt.

Dr. Emil Strauß

ist der Leiter der saarländischen Vertretung in Paris. Strauß war Kultminister und gehörte der Christlichen Volkspartei an

Lastzug fuhr in Nürnberger Burggraben

Nürnberg (UP). Ein Fernlastwagen mit Anhänger stürzte in den Nürnberger Burggraben, nachdem der Fahrer die Herrschaft über das Steuer verloren hatte. Vor seinem ungewöhnlichen Sturz hatte der Lastwagenzug auf der abschüssigen Ringstraße die Straßenbahninseln überfahren, einen Oberleitungsmast zerstört und einen Abweispfosten umgestürzt. Dann überfuhr der Lastzug einen 57 Jahre alten Fußgänger aus Nürnberg, der schwer verletzt wurde. Die Ringmauer wurde von dem Lastwagen in einer Länge von 15 Metern eingerissen. Der Fahrer des Lastzuges blieb unverletzt, während der Beifahrer einen Nervenschock erlitt. Die Ursache des ungewöhnlichen Unfalles ist noch nicht geklärt. Man vermutet jedoch einen Getriebeschaden.

Harmloser Generalstreik in Tunis

Arabische Bemühungen bei den UN

Tunis (UP). Der von dem Führer der tunesischen Nationalistenpartei (Neo Destour) Habib Bourgiba für Freitag ausgerufene Generalstreik in Tunesien ist im großen und ganzen wirkungslos geblieben. Mit dem Streik sollte der „Tag der tunesischen Unabhängigkeit" gefeiert werden. In der Tat verlief das Leben in Tunesien normal. In Tunis selbst demonstrierten etwa 300 Nationalisten vor dem Gebäude des französischen Generalresidenten. Zu einer etwa gleich großen Demonstration kam es auch in der Stadt Sfax. Die Kundgebungen wurden in allen Fällen schnell von Polizeikräften beendet.

Inzwischen haben sich die 15 Staaten des arabischen Blocks die Sache der tunesischen Nationalisten zu eigen gemacht und den Präsidenten der Generalversammlung der UN sowie den Präsidenten des Sicherheitsrates gebeten, die Ursachen der gegenwärtigen Spannungen in Tunesien zu beseitigen, da die dortige Lage eine Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit darstelle. Ein sofortiges Eingreifen des Sicherheitsrates wurde nicht gefordert, doch erklärte ein arabischer Sprecher, die arabischen Delegationen wollten den Sicherheitsrat formell anrufen, falls der jetzige Appell wirkungslos bliebe.

In Kairo erließ Ministerpräsident Maher Pascha eine Verfügung, wonach alle Personen, die gegen Ruhe, Ordnung und Sicherheit des Staates verstoßen, vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Diese Verfügung gilt auch rückwirkend für die Urheber der Unruhen, die sich am letzten Sonntag in Kairo abspielten.

Das dänische Parlament ratifizierte die Aufnahme der Türkei und Griechenlands in den Atlantikpakt.

In Korea sollen, wie der SPD-Bundestagsabgeordnete Wehner behauptete, drei Minenräumboote mit deutscher Besatzung verwendet werden. Ein britischer Sprecher bezeichnete dies als unwahr.

Der deutsche Gesandte in Südafrika

Dr. Rudolf Holzhausen, überreichte dem Generalgouverneur der Südafrikanischen Union, Dr. Jansen, sein Beglaubigungsschreiben. Unser Bild zeigt Dr. Holzhausen beim Betreten des Regierungsgebäudes in Kapstadt

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Umschau in Karlsruhe

Der Badische Kunstverein Karlsruhe

Waldstr. 3, zeigt vom 3. bis 24. Febr. eine Gedächtnisausstellung „Oskar Moll", Gemälde und Aquarelle, und eine Ausstellung „Hermann Kupferschmid", Gemälde, Temperabilder und Graphik. Eröffnung am Sonntag, 3. Febr., vormittags 11 Uhr. Täglich geöffnet von 10 bis 17 Uhr, sonntags von 11 bis 13 Uhr, montags geschlossen.

Streit um den Flüchtlingsausweis

Ehemaliger Innenminister fühlt sich benachteiligt

Karlsruhe (lid). Um einen Flüchtlingsausweis ist es zu einem Rechtsstreit zwischen dem ehemaligen badischen Innenminister Pflaumer und der Stadt Karlsruhe gekommen. Pflaumer hatte im Jahre 1941 seine 7-Zimmer-Wohnung aufgegeben, um auf Befehl des damaligen Gauleiters Robert Wagner nach Straßburg überzusiedeln. Im Jahre 1948 stellte er dann einen Antrag auf Anerkennung als Flüchtling, der jedoch abgelehnt wurde, weil der ehemalige badische Innenminister durch seine Versetzung nach Straßburg keine Benachteiligung erfahren habe, außerdem in Heidelberg ein Haus besitze und sich in Karlsruhe wieder eine 4-Zimmer-Wohnung erworben habe. Pflaumer machte geltend, sein damaliger Umzug sei auf Grund eines unumgänglichen Befehls erfolgt, sein Haus in Heidelberg stehe unter Vermögenskontrolle und er selbst habe sich mit einem Bankdarlehen in Höhe von 5000 Mark mühsam eine neue Existenz geschaffen. Er könne den Eindruck nicht los werden, man wolle für ihn ein besonderes Recht schaffen und ihn mit der Verweigerung eines Flüchtlingsausweises strafen. „Es geht mir heute weniger um den Flüchtlingsausweis, als um mein Recht." Das Urteil wird durch schriftliche Zustellung verkündet.

Autobahn bis Bruchhausen

(lsw). Der Haushaltsausschuß des Bundestages hat sich jetzt mit einem Antrag beschäftigt, in dem die Bundesregierung ersucht wird, im Haushaltsplan für das Jahr 1952/53 Mittel zum Weiterbau der Autobahnteilstrecke Ettlingen-Bruchhausen bereitzustellen. Der Haushaltsausschuß hat beschlossen, daß die Annahme dieses Antrags der Bundesregierung empfohlen werden soll. Der Antrag war bereits im Oktober des vergangenen Jahres von Abgeordneten der FU (Bayernpartei und Zentrum), des BHE sowie von verschiedenen Abgeordneten anderer Fraktionen und auch von Unabhängigen eingebracht worden.

Aus der badischen Heimat

Geraubtes Taxi in Mannheim gefunden

Mannheim (lsw). Das ET-Taxi, das am Donnerstag von drei Männern in amerikanischer Uniform einem Ludwigsburger Taxifahrer geraubt worden war, wurde inzwischen in Mannheim in fahrbereitem Zustand, jedoch ohne Zündschlüssel, aufgefunden. Der Überfallene, ein 65 Jahre alter Mann, schwebt nicht in Lebensgefahr.

Schießerei im Hafengebiet von Mannheim

Mannheim (lsw). Ein französischer Soldat, der im Hafengebiet von Mannheim Meinungsverschiedenheiten mit einem deutschen Zivilisten hatte, zog seine Pistole und schoß auf seinen Gegner. Der Schuß ging fehl, es wurde niemand verletzt. Der Pistolenheld, der mit zwei anderen französischen Soldaten zusammen war, konnte von der US-Militärpolizei festgenommen werden.

Freudenberg fordert volle Rechtsklarheit

Mannheim (lsw). Der unabhängige Weinheimer Bundestagsabgeordnete Freudenberg, der die von der SPD beim Bundesverfassungsgericht eingebrachte Feststellungsklage mit unterschrieben hat, betonte, es sei notwendig, vor der Abstimmung über einen Wehrbeitrag eine volle Rechtsklarheit zu schaffen. Wenn ein derartiger Wehrbeitrag beschlossen werden solle, so müsse vorher vollkommen klar sein, ob ein Wehrgesetz mit einfacher Mehrheit angenommen werden könne oder mit einer verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit. Nach Meinung von Freudenberg müßte ein Wehrgesetz „auf breitester Basis" angenommen werden. Die Tatsache, daß die Feststellungsklage von der Sozialdemokratischen Partei eingebracht wurde, sei unwichtig, da es in dieser Frage keine scharfe Abgrenzung Regierung-Opposition geben dürfe. Nach seiner Überzeugung sei es notwendig, in allen entscheidenden Fragen eng zusammenzuarbeiten. Das geschehe viel zu wenig.

Entscheidung im „Gemüsestreit"

Mannheim (lsw). Die Dritte Zivilkammer des Landgerichts Frankenthal bestätigte die einstweilige Verfügung gegen den Initiator der „Mannheimer Gelbsuchtaktion", Prof. Dr. Hahn. Das Gericht hatte in der jetzt bestätigten einstweiligen Verfügung dem Mannheimer Arzt untersagt, die Ansicht zu vertreten, daß Gemüse und Salat mit Gelbsuchterregern infiziert seien. Das Gericht unterstellte dem Arzt den guten Glauben an seine Aktion, mißbilligte jedoch die Methode, die Dr. Hahn angewandt hatte. Der stellvertretende Vorsitzende des Pfälzischen Gemüse-, Obst- und Gartenbauvereins, Landtagsabgeordneter Kern, hat alle Gärtner und Gemüsebauern erneut aufgefordert, keine mit Fäkalien gedüngten Gemüse und Salate auf den Markt zu bringen.

Baden-Baden (lid). In verschiedenen Unterredungen hatten hohe französische Zivil- und Militärvertreter dem Oberbürgermeister von Baden-Baden, Dr. Schlapper, versichert, daß mit der Fertigstellung der großen Besatzungswohnblocks in Baden-Oos 150 Wohnungen im Stadtinnern freigegeben würden. Wie der „lid" nun aus zuverlässiger Quelle erfährt, ist eine Verminderung der Zahl der freigegebenen Wohnungen zu erwarten. Dies ist nach Aussagen des französischen Gouverneurs aus militärischen Gründen notwendig geworden.

Bad Rippoldsau fängt neu an

Rippoldsau (lid). Rippoldsau, das durch die Folgen des Krieges und der Nachkriegsjahre bisher den Kurbetrieb nicht aufnehmen konnte, will von diesem Frühjahr an wieder Kurgäste aufnehmen. Die Nachfrage nach Rippoldsauer Bädern, die vor allem in der letzten Saison sehr groß war, hat dazu geführt, daß nun in diesem Jahr erneut Mineralbäder, Moorbäder und Trinkkuren verabreicht werden. Allerdings reichen die finanziellen Mittel nicht aus, das Bad wieder in vollem Umfang in Betrieb zu nehmen. Bis Mitte Mai dürfte der Fürstenbau, das ehemalige Jagd- und Lustschloß der Fürsten von Fürstenberg, 50 Kurgästen zur Verfügung stehen.

Hochnotpeinliche Kontrolle

Konstanzer Geschäftsleute sind empört

Konstanz (lid). Plötzlich und unerwartet, ohne vorherige Anmeldung, erschienen dieser Tage bei 40 Konstanzer Geschäftsleuten Beamte des Finanzamtes, die im Auftrag des Oberfinanzpräsidenten in Freiburg die Ladenkassen der verschiedenen Branchen zu prüfen hatten. Aus der Prüfung entwickelten sich in fast allen Fällen ein hochnotpeinliches Verhör, das weder für die Geschäftsleute noch für die Finanzbeamten besonders angenehm war. Aus verschiedenen Gründen herrscht wegen dieser Kontrolle bei den Geschäftsleuten nun große Verbitterung, besonders aber deshalb, weil die Kontrolle ohne Anmeldung geschah und weil die Geschäftsleute sich vorkommen mußten, als würden sie von vornherein als Verbrecher angesehen. Die Oberfinanzdirektion Freiburg beruft sich darauf, die Maßnahme stelle keinen Willkürakt dar, sondern sei im Paragraphen 193 der Abgabenordnung verankert.

Kreuz und quer durch Baden

Freiburg. Eine „Fotografische Gesellschaft" wurde jetzt in Freiburg gegründet. Unter Mitarbeit von Berufsfotografen will sie den zahlreichen Amateurfotografen fachliche Unterstützung und dem Fotografennachwuchs Gelegenheit zur Weiterbildung geben. (lid)

Baden-Baden. Im Staatswald bei Klosterreichenbach wurde von einem Förster ein 61jähriger Mann tot aufgefunden. Er war am Tage zuvor mit Skiern nach Baiersbronn aufgebrochen und ist vermutlich in einem Erschöpfungszustande erfroren. (swk)

Baden-Baden. Das Fangobad, das für das Heilbad Baden-Baden zur Durchführung von gesundheitlichen Kuren sehr wichtig ist, wurde nach umfangreichen Renovierungen jetzt der Öffentlichkeit übergeben. (lid)

Offenburg. Beim Rangieren im Bahnbetriebswerk Offenburg wurde ein 46jähriger Eisenbahnarbeiter zwischen Lok und Torpfosten eingeklemmt und so schwer verletzt, daß er nach Einlieferung ins Krankenhaus starb. (swk)

Sieben Ministerien im Südweststaat

Ein Vorschlag der FDP Südwestdeutschlands

Stuttgart (lsw). Die Bildung von sieben Ministerien sieht ein vom südwestdeutschen Direktorium der FDP und vom Landesvorstand der DVP (FDP) Württemberg-Badens einstimmig gebilligter Vorschlag für den Verwaltungsaufbau des neuen südwestdeutschen Bundeslandes vor. Nach diesem, vom Heidelberger Völkerrechtslehrer Prof. Dr. Gönnenwein ausgearbeiteten Plan sollen folgende Ministerien gebildet werden: Inneres, Finanzen, Kultur, Justiz, Wirtschaft, Arbeit und Landwirtschaft.

Gönnenwein empfiehlt, daß Landeszentralbehörden und Landesmittelbehörden möglichst auch außerhalb der Landeshauptstadt untergebracht werden sollen. Der Entwurf sieht einen dreistufigen Verwaltungsaufbau vor: die Grundeinteilung in Kreise, vier staatliche Mittelbehörden, denen die Einrichtung der früheren badischen Landskommissäre als Vorbild dienen könnte, und die Zentralverwaltung. Die Zuständigkeit der Mittelstufe (Regierungspräsident) werde auf Beschwerdeentscheidungen, allgemeine Dienstaufsicht über die staatlichen Kreisverwaltungen, die Kommunalaufsicht und gewisse Aufgaben der oberen Verwaltungsbehörde beschränkt sein.

Dr. Gönnenwein verlangt in seinem Plan die Bildung von leistungsfähigen Kreisen. „Zwergkreise" mit weniger als 30 000 Einwohnern seien ebenso abzulehnen wie „Großkreise" mit wesentlich mehr als 100 000 Einwohnern. Daher sei eine Überprüfung der jetzt bestehenden Kreise unvermeidlich. Städte mit großer Finanz- und Verwaltungskraft sollten, sofern es von ihnen gewünscht werde, eigene Stadtkreise bilden. Stadtkreise sollten jedoch nicht weniger als 30 000 Einwohner haben. Es bestehe keine zwingende Notwendigkeit, die Stadt- und Landkreise zu höheren Kommunalverbänden zusammenzufassen. Wenn doch Bezirksverbände gebildet werden sollten, so müßten sie sich räumlich mit den Gebieten der staatlichen Mittelstufe decken. Die Bildung je eines württembergischen und eines badischen Landeskommunalverbandes sei jedoch abzulehnen. Sonderregelungen wie z.B. Zammenschlüsse einzelner Kreise und Aufrechterhaltung des Landeskommunalrates Hohenzollern, sollten jedoch gesetzlich möglich sein.

Innerhalb des dreistufigen Verwaltungsaufbaus müsse die Verteilung der Zuständigkeit nach dem Grundsatz der Dezentralisierung erfolgen, betont Dr. Gönnenwein. Die Aufgaben seien von oben nach unten zu verlagern. Das Recht der unteren Verwaltungsstufe auf verantwortliche Erledigung der in ihre Zuständigkeit fallenden Angelegenheiten müsse gesetzlich festgelegt werden. Diese Entscheidungsbefugnis dürfe nicht durch höhere Stellen beeinträchtigt werden. Die Unterscheidung von Staats- und Selbstverwaltung müsse beibehalten werden. Die Selbstverwaltungskörper sollten zwar vom Staate beaufsichtigt werden, diese Kommunalaufsicht habe sich jedoch auf die Beobachtung der Einhaltung der Gesetze zu beschränken. Die Kreisverbände seien in ihrem Wirkungsbereich auf die Angelegenheiten zu beschränken, deren Durchführung die Leistungsfähigkeit der einzelnen Gemeinden übersteige. Keimzelle und Grundlage der Selbstverwaltung solle die Ortsgemeinde bleiben.

Reichsminister a. D. Dietrich geehrt

Mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern

Stuttgart (lws). Bundespräsident Dr. Heuss hat auf Vorschlag von Ministerpräsident Dr. Maier dem Reichsfinanzminister und Vizekanzler a.D. Dietrich in Anerkennung der um die Bundesrepublik Deutschland erworbenen besonderen Verdienste das Große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens verliehen.

Der am 14. Dezember 1879 in Obernrechtal bei Freiburg geborene ehemalige Reichsfinanzminister war von 1901 an im badischen Staatsdienst tätig. In den Jahren 1905 bis 1919 war er zunächst Bürgermeister von Kehl und später von Konstanz. Von 1919 bis 1920 gehörte Dietrich der neuen badischen Regierung als Minister an. Als Vertreter der Deutschen Demokratischen Partei wurde er in die Verfassunggebende deutsche Nationalversammlung der Weimarer Republik gewählt. Von 1928 bis 1932 war er zunächst Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und später Reichsfinanzminister und Vizekanzler.

Nachdem der Nationalsozialismus für ihn das Ende jeder politischen Tätigkeit gebracht hatte, stellte sich Dietrich im Jahre 1945 für den Wiederaufbau zur Verfügung. Durch den Beschluß des süddeutschen Länderrats wurde er im April 1946 zum Sonderbevollmächtigten für Ernährung und Landwirtschaft berufen. Anschließend war er Vorsitzender im Hauptausschuß des Ernährungs- und Landwirtschaftsrates der Doppelzone. Auf diesem verantwortungsvollen Posten hat sich Dietrich in schwerer Zeit die besondere Anerkennung der Bevölkerung und der amerikanischen Besatzungsmacht erworben.

Die Auszeichnung wurde dem ehemaligen Reichsfinanzminister durch Ministerpräsident Dr. Maier in der Villa Reitzenstein, dem Sitz des Staatsministeriums, überreicht.

200 000 Christen werden erwartet

Vorbereitung des Evangelischen Kirchentages

Stuttgart (ZSH). Der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages, D. Dr. von Thadden-Trieglaff, berichtete auf einer Pressekonferenz über die Vorbereitungen zum Kirchentag in Stuttgart. Dr. von Thadden, der vor kurzem in England war und in den nächsten Tagen eine Reise durch Kanada und die USA unternehmen wird, sagte, daß der Deutsche Evangelische Kirchentag in der ganzen Welt ein beachtliches Echo gefunden habe. Für dieses Jahr werde mit einer starken Beteiligung sämtlicher kantonaler Kirchen der Schweiz gerechnet, auch Österreich, Frankreich, Holland, England, die skandinavischen Länder und Amerika werden nicht nur Ehrenabordnungen entsenden, sondern sich in größerer Zahl am Kirchentag beteiligen. Ein besonderes Anliegen der Kirche sei die Beteiligung der evangelischen Christen aus der Ostzone. Wie Dr. von Thadden berichtete, hat Ministerpräsident Grotewohl eine wohlwollende Haltung in dieser Frage eingenommen. Unter der Voraussetzung, daß „in der politischen Situation keine wesentliche Änderung eintritt", soll 10 000 bis 15 000 Menschen aus der Ostzone Gelegenheit gegeben werden, den Kirchentag in Stuttgart zu besuchen. Ein schwieriges Problem bleibt allerdings die Finanzierung des Aufenthalts für diese Besucher. Insgesamt rechnet der Vorbereitende Ausschuß mit 50 000 Dauerteilnehmern und 200 000 Gästen bei der Hauptversammlung im Stuttgarter Neckarstadion.

Ein Bundesamt kann nicht umziehen

Seit Monaten sitzen die Beamten des Kraftfahrt-Bundesamts in Bielefeld auf gepackten Koffern. Schon im Sommer dieses Jahres sollte ihr Umzug nach Flensburg stattfinden: 18 Möbelwagen mit Anhängern werden in Bereitschaft gehalten, um die Riesenkartei mit Millionen Auto-„Steckbriefen", die Büromöbel und Hollerith-Maschinen abzutransportieren. Somit wäre also alles bestens vorbereitet; es fehlt nur eines: die Anweisung der Umzugskosten aus Bonn. Vielleicht kommt sie im Dezember oder Januar, meint man in Bielefeld, vielleicht auch nicht.

Neuer Manteltarif für Kraftfahrzeughandel

Die Industriegewerkschaft Metall, die Deutsche Angestelltengewerkschaft, der Verband des Kraftfahrzeughandels und -gewerbes sowie der Zentralverband des Deutschen Kraftfahrzeughandwerks haben einen neuen Manteltarif für die Angestellten dieser Sparten abgeschlossen, der im gesamten Bundesgebiet mit Ausnahme von Berlin gültig ist. Gegenüber dem alten Tarif sind wesentliche Vorteile, zum Beispiel bei der Urlaubsregelung, erzielt worden. Die Bedeutung des neuen Vertrages wird aus der Tatsache ersichtlich, daß rund 80 Prozent aller in der Autoindustrie Beschäftigten im Kraftfahrzeughandel und im Kraftfahrzeughandwerk tätig sind.

Aus den Albgau-Gemeinden

Dorfältester Wilhelm Grünling 85 Jahre alt

Ettlingenweier. Unser Mitbürger Wilhelm Grünling vollendet als Dorfältester am Mariä-Lichtmeß-Tag (2. Februar) in körperlicher Rüstigkeit und geistiger Frische im Kreis seiner Kinder und Enkelkinder sein 85. Lebensjahr. Wenn von uns sterblichen Menschen über die Dauer unserer Lebenszeit die Worte gelten: „Unser Leben währet 60—70 und wenn es hoch geht auch 80 Jahre", darüber liegende Jahre aber sind schon als ein ganz besonderes Gnadengeschenk Gottes zu betrachten, so haben wir allen Grund, diese Worte auf unsern hochbetagten Geburtstagsjubilar anzuwenden; denn fünf dieser gottgeschenkten Jahre kann unser Mitbürger bei noch bester Gesundheit bereits für sich buchen. Trotz seiner 85 Jahre ist der Geburtstagsjubilar von der frühesten Morgenstunde bis in den späten Abend hinein im landwirtschaftlichen Betrieb noch unermüdlich tätig. Noch nie in seinem Leben war er ernstlich krank, daß er einen Arzt hätte konsultieren müssen und auch dem Zahnarzt winkte durch ihn kein Verdienst, da er heute noch im Besitze sämtlicher und dazu noch recht gesunder Zähne ist. Auch benötigt er zum Lesen in seinem hohen Lebensalter noch keine Brille. Alle diese gesundheitlichen Erscheinungen sind wohl lediglich auf seine streng geregelte spartanische Lebensweise schon von Jugend auf bis in sein hohes Alter hinein zurückzuführen. Als Mensch und Bürger erfreut sich der Jubilar ob seines lauteren Wesens, seiner Freundlichkeit und Gefälligkeit seinen Mitbürgern gegenüber größter Achtung und Wertschätzung. Auf dem Gebiet der Landwirtschaft, aber auch in der Tierheilkunde ist er durch und durch erfahren und mancher Landwirt konnte aus seiner vieljährigen praktischen Erfahrung, seinen Winken und Ratschlägen für sich nur Nutzen ziehen. Uneigennützig wie er nun einmal ist und es von jeher war, stellte er sich seinen Mitbürgern bei schwierigen Tiergeburten im Stalle zur Verfügung und ersparte ihm manchen Schaden. Kein Wunder, wenn seine Mitbürger ihn als erfahrungsreichen Mann schon frühzeitig in die Gemeindeverwaltung wählten und heute noch bekleidet er schon seit Jahrzehnten das Amt eines Stiftungsrates. Seine tiefe Gläubigkeit, seine Gottesfurcht und sein religiöser Lebenswandel wurden von Gott durch sein hohes Alter bereits sichtlich gesegnet. Und so wünscht die ganze Gemeinde ihrem hochbejahrten Geburtstagssohn und Mitbürger zu seinem 86. Wiegenfest von Herzen alles Gute. Mögen ihm noch weitere Jahre seiner Schaffenskraft bei bester Gesundheit, Glück, Heil und Gottes Segen und ein recht sonniger Lebensabend im Kreis seiner Kinder und Enkelkinder beschieden sein.

Aus der Gemeinderatssitzung

Ettlingenweier. In seiner letzten Sitzung beschloß der Gemeinderat mit Zustimmung der Anlieger, die Verbindungsstraße im Brurain zwischen den Landstraßen II. Ordnung 207 und 208 vermessen zu lassen. Sobald die nötigen Geldmittel zur Verfügung stehen, soll die Durchführung des Ortswasserleitungsnetzes und die Herstellung der Straßendecke in Angriff genommen werden.

Dem Ansuchen der Stadtverwaltung Ettlingen um Verwendung des Gemeindewappens zur Ausgestaltung des „Bürgerkellers" in Ettlingen wurde entsprochen.

Der Bürgermeister erstattete dem Gemeinderat ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Zweckverbandes zur Korrektion des Malscher Landgrabens und Reutgrabens im verflossenen Jahr und über das Vorhaben im Jahre 1952.

Das Baugesuch des Otto Ludwig am Waldsaum wurde ohne Einwendungen verabschiedet.

Fastnachts-Veranstaltungen

Am Sonntagabend, 27. Jan., hielt die Freiw. Feuerwehr im „Adlersaal" ihren traditionellen Feuerwehrball, zu welchem außer den Mitgliedern der Wehr und deren erwachsenen Angehörigen auch Nichtmitglieder gegen ein bescheidenes Eintrittsgeld zugelassen waren. Die Veranstaltung hatte einen recht guten Besuch zu verzeichnen und nahm einen schönen und stimmungsvollen Verlauf.

Am Samstag, 2. Febr., 20 Uhr veranstaltet die Karnevalsgesellschaft im Gasthaus zur „Krone" einen Bunten Abend. Um diesen Bunten Abend als solchen auch nach außen hin richtig Ausdruck zu verleihen, ersuchen wir die Freunde und Gönner dieser Veranstaltung, wenn möglich, in der buntesten Aufmachung und Kostümierung sich recht zahlreich einzufinden und einen guten Humor mitzubringen.

Ettlingenweier. Die Karnevalsgesellschaft hält heute abend 20.05 Uhr im Gasthaus zur „Krone" einen Bunten Abend ab. Dazu ist die Einwohnerschaft freundlichst eingeladen, denn ein bunt ausgeschmücktes Programm läßt heitere Stunden erwarten.

trink Bremer JACOBS KAFFEE wunderbar

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

SPORT-NACHRICHTEN DER EZ

Der Süden im Zeichen der Lokalspiele

Harte Nüsse für Stuttgarter Kickers

Süddeutschlands 1. Liga steht am kommenden Sonntag im Zeichen der Lokalspiele. Dabei ragen die Begegnungen in Nürnberg und Stuttgart aus dem Programm ganz besonders heraus. Der Spitzenreiter 1. FC Nürnberg trifft im Ronhof auf die SpVgg. Fürth. Fürth hat sich in den letzten Spielen wieder gefangen und ist dem Tabellenende enteilt. Die Nürnberger werden bei ihrem Lokalrivalen auf hartnäckigsten Widerstand stoßen, wobei eine Punkteteilung nicht ausgeschlossen ist. Im Neckarstadion treffen der VfB Stuttgart und die Stuttgarter Kickers aufeinander. Die Kickers, die in den letzten Wochen nicht mehr überzeugen konnten, werden sich sputen müssen, wenn sie nicht in den Abstiegssog rutschen wollen, zumal am übernächsten Sonntag der schwere Gang zum 1. FC Nürnberg bevorsteht. Die Bewegungsspieler sind seit 16 Wochen ungeschlagen und sollten auch gegen die Kickers zu einem knappen Erfolg kommen. Die Offenbacher Kickers haben den Lokalrivalen, die Frankfurter Eintracht, zu Gast. Auch dieses Treffen ist überaus interessant, da die beiden Vereine derzeit auf Platz 3 und 4 in der Tabelle stehen. Zu Hause müßte den Offenbachern ein knapper Erfolg gelingen. In München treffen die Lokalgegner Bayern und 1860 aufeinander. Beide Vereine sind punktgleich. Jeder weitere Punktverlust kann sich bitter auswirken. Das Schlußlicht VfL Neckarau empfängt im kleinen Mannheimer Lokalspiel Waldhof Mannheim. In Mannheim gastiert beim VfR die Viktoria Aschaffenburg, die auch diesmal für ein Unentschieden gut ist. Frankfurts FSV hat die wiedererstarkten Schweinfurter zu Gast, die in den letzten Wochen laufend Punkte ergatterten und sich auch wieder am Bornheimer Hang nicht so leicht geschlagen geben werden. Der Tabellenvorletzte Schwaben Augsburg empfängt den VfB Mühlburg, der es sehr schwer haben wird, seinen 3:1-Vorspielsieg zu wiederholen.

Es spielen: VfR Mannheim — Viktoria Aschaffenburg; Kickers Offenbach — Eintracht Frankfurt; VfL Neckarau — Waldhof Mannheim; FSV Frankfurt — 05 Schweinfurth; Bayern München gegen 1860 München; Stuttgarter Kickers gegen VfB Stuttgart; Schwaben Augsburg — VfB Mühlburg; SpVgg. Fürth — 1. FC Nürnberg.

Acht Vereine kämpfen um den 2. Platz

Ulmer „Spatzen" kaum noch einzuholen

In der 2. Liga Süd hüpfen nur die Ulmer „Spatzen" durch ihren unvergleichlichen Siegeszug aus der Reihe und sind kaum mehr einzuholen. Die Mehrzahl der anderen Vereine kämpft dagegen nicht um den Abstieg, sondern um den begehrten zweiten Platz. Nicht weniger als acht Vereine können sich noch gleichberechtigte Hoffnungen auf den Aufstieg in die erste Südliga machen. Vier der Oberligaaspiranten „bekriegen" einander selbst. Der 1. FC Pforzheim möchte zu Hause seine Chance ebenso wahren, wie die Gäste aus Kassel. Diesmal sollten sich allerdings die „Goldstädter" für die Vorspielniederlage revanchieren können. In Darmstadt tritt der BC Augsburg an, der letzten Sonntag zu Hause den „Spatzen" unterlag. Auch Darmstadt muß mit einer besseren Leistung als gegen Aalen aufwarten, wenn es die letzten Hoffnungen nicht aufgeben will. Vor einem schweren Spiel steht auch der TSV Straubing, der in den Regensburger Strudel muß. Die anderen Vereine der „Hoffnungsfreudigen" stehen dagegen papiermäßig vor keinen allzu schweren Aufgaben. Durlach müßte zu Hause gegen Singen zu einem glatten Sieg kommen, Bayern Hof zu Hause der Münchener Wacker-Elf das Nachsehen geben und Bamberg im Heimspiel gegen Wiesbaden einen knappen Sieg erringen können. Der Spitzenreiter selbst dürfte auch sein 16. Spiel in ununterbrochener Reihenfolge gegen den abstiegsbedrohten ASV Feudenheim sicher gewinnen. Das Schlußlicht Aalen tritt beim ASV Cham an. Die Aalener haben wieder etwas Hoffnung nach dem Sieg über Darmstadt geschöpft. Vielleicht warten sie bei den Wäldlern mit einem neuen Erfolg auf. In Reutlingen gastiert der Freiburger FC, der im Falle einer Niederlage in akuter Abstiegsgefahr bliebe.

Es spielen: ASV Durlach — FC Singen 04; Bayern Hof — Wacker München; SSV Reutlingen — Freiburger FC; 1. FC Pforzheim — Hessen Kassel; ASV Cham — VfR Aalen; Darmstadt 98 — BC Augsburg; TSG Ulm 46 — ASV Feudenheim; 1. FC Bamberg — SV Wiesbaden; Jahn Regensburg — TSV Straubing.

Zeit der Bewährung für Saarbrücken

Die Saarbrücker haben im Südwesten ihre schweren Spiele noch vor sich. So geht es am Sonntag nach Ludwigshafen zum Phönix, der zwar für sich nichts mehr erreichen kann, aber doch stark genug eingeschätzt werden muß, um dem Favoriten ein Schnippchen zu schlagen. Aber schließlich haben auch die Mitbewerber der Saarländer noch manche Hürde zu überspringen. Das gilt für den TuS Neuendorf bereits am Sonntag in Neunkirchen. Die Gauchel-Elf, in 17 Spielen unbesiegt, kann am Ellenfeld schon zum Stolpern gebracht werden. Allerdings haben die Borussen bisher auch nicht das gehalten, was viele Saarländer sich von ihnen versprochen haben.

Es spielen: Ludwigshafen — 1. FC Saarbrücken, Neunkirchen — Neuendorf, 1. FC Kaiserslautern — Neustadt, Worms — Frankenthal, Mainz gegen Weisenau, Trier — VfR Kaiserslautern, Kreuznach — Tura Ludwigshafen, Engers gegen Pirmasens.

Pokal-Vorschlußrunde der Amateure

Am Sonntag stehen sich in der Vorschlußrunde um den Länderpokal der Amateure die letzten vier Mannschaften gegenüber. Dabei treffen aufeinander: in Würzburg: Bayern — Württemberg, in Kiel: Schleswig-Holstein — Niederrhein. In Würzburg prallen die beiden starken Aufgebote von Bayern und Württemberg aufeinander. Württemberg erkämpfte sich den Eintritt in die Vorschlußrunde durch einen 2:0-Sieg über Südbaden und einen 6:1-Erfolg über Nordbaden. Bayern schaltete in der Zwischenrunde den Mittelrhein mit 3:1 aus. Die Mannschaften von Württemberg und Bayern werden gegenüber den Zwischenrundenspielen keine großen Veränderungen aufweisen. Während Bayern seine Elf bereits nominierte, wird die württembergische Elf erst am Samstagabend in Würzburg endgültig aufgestellt.

Schwetzingen in Birkenfeld gefährdet

Die Umstellung der Termine der 2. Liga Süd machte auch in der nordbadischen Amateurliga eine Umdisposition notwendig, so daß nunmehr an Stelle des mit Spannung erwarteten Spieles KFV - Schwetzingen die Paarungen KFV gegen Friedrichsfeld und Birkenfeld gegen Schwetzingen treten. Dabei droht dem KFV weniger Gefahr, als dem derzeitigen Spitzenreiter Schwetzingen in Birkenfeld. Phönix Karlsruhe trägt das fällige Spiel gegen Kirrlach auf dem KFV-Platz aus und sollte sicher gewinnen. Gegen die in einer Formkrise steckenden Viernheimer müßte Daxlanden zu einem klaren Erfolg kommen. Die ersatzgeschwächten Pforzheimer Rasenspieler dürften in Rüppurr kaum um einen Spielverlust herumkommen, und Weinheim kann man auf eigenem Platz gegen Hockenheim gleichfalls die besseren Aussichten einräumen. Offen ist dagegen der Ausgang des Heidelberger Vorstadtderbys Rohrbach gegen Leimen.

Es spielen: Birkenfeld — Schwetzingen; KFV gegen Friedrichsfeld; Daxlanden — Viernheim; Phönix Karlsruhe — Kirrlach; Rohrbach — Leimen; Weinheim — Hockenheim; Rüppurr — VfR Pforzheim.

Sorgt Ketsch für eine Überraschung?

Ketsch konnte sich zwar in dieser Spielzeit in der nordbadischen Handball-Liga nicht sonderlich hervortun, ist aber jederzeit für eine Überraschung gut, so daß Rot sein Auswärtsspiel in Ketsch nicht leicht nehmen sollte. Von den Verfolgern startet der VfR Mannheim in Oftersheim als klarer Favorit, und Leutershausen kann man auf dem Platz des VfB Mühlburg gleichfalls ein Plus einräumen. Die in den letzten Wochen in Fahrt gekommene St. Leon sollte auch Bretten besiegen können. Mit einem Platzsieg kann auch bei der Begegnung Weinheim gegen Rintheim gerechnet werden. Dagegen hat Waldhof selbst auf eigenem Gelände wenig Chancen gegen Birkenau.

Es spielen: Ketsch — Rot; Oftersheim — Mannheim; Mühlburg — Leutershausen; Weinheim gegen Rintheim; Waldhof — Birkenau; St. Leon gegen Bretten.

Jugendmeisterschaft im Mannschaftsringen

Im Kampf um die mittelbadische Jugendmeisterschaft im Mannschaftsringen stehen sich am Wochenende in Ostringen (Landkreis Karlsruhe) die Jugendmannschaften von Ostringen, Wiesental, Daxlanden, Bruchsal und Kirrlach gegenüber.

Turnvergleichskampf in Neckarau

Der VfL Neckarau trifft am Samstag im Volkshaus Neckarau in einem Turnvergleichskampf auf die Wettkampfgemeinschaft Bruchhausen/Rastatt.

Eiskunstlauf-Europa-Meisterschaft

Ehepaar Falk, Jeanette Altwegg und Helmut Seibt als Titelverteidiger in Wien

Eine Woche vor dem Beginn der Olympischen Winterspiele in Oslo tragen die besten Eiskunstläufer Europas in Wien ihre Meisterschaften aus. Am Montag, 4. Februar, findet das Pflichtlaufen der Herren statt, am 5. Februar folgen vor- und nachmittags die Damen, und in der Abendveranstaltung werden beim Kürlaufen die Titel bei den Herren und den Paaren vergeben. Am Mittwoch, 6. Februar, wird dann die Damen-Meisterschaft ausgetragen. Alle Titelverteidiger sind am Start: Ria und Paul Falk aus Deutschland, Jeanette Altwegg aus England und der Österreicher Helmut Seibt.

Wenn Ria Falk gesundheitlich auf der Höhe ist, sollte ihr und ihrem Ehepartner auf dem Platze des Wiener Eislaufvereins eine neue Meisterschaft beschieden sein. Eine Gefahr für das deutsche Weltmeisterpaar könnten höchstens die ungarischen Geschwister Marianne und Laszlo Nagy darstellen, falls sie mitmachen.

In der Damenmeisterschaft haben sich in den letzten Jahren ständig neue Namen in den Vordergrund geschoben. 1949 war Eva Pawlik (Österreich) Europameisterin, 1950 die Tschechin Aja Vrzenova und 1951 Jeanette Altwegg (England). Ob dieses Mal die Preisrichter die Französin Jacqueline du Bief auf den ersten Platz setzen werden? Das Duell dieser temperamentvollen Läuferin mit der Titelverteidigerin wird der Höhepunkt der Damen-Meisterschaft sein. Das deutsche Trio Erika Kraft, Gundi Busch und Helga Dudzinski ist ebenso wie die 15jährige Österreicherin Anneliese Schilhan für Überraschungen auf den Vorderplätzen gut.

In der stark besetzten Herrenmeisterschaft startet Alain Giletti, der eben erst 12 Jahre alt wurde, für Frankreich. Er wird allerdings gegen den österreichischen Europameister Helmut Seibt und dessen schärfsten Rivalen, den Italiener Carlo Fassi, kaum etwas ausrichten können. Den Deutschen Freimut Stein und Klaus Leichinger traut man ein gutes Abschneiden zu. Die Europameister in den letzten Jahren waren 1949: Edi Rada (Österreich), 1950 Ede Kiraly (Ungarn), 1951 Helmut Seibt (Österreich).

Schwarzwaldmeisterschaften am Hundseck

Im Mittelpunkt des Wintersportprogramms in Baden stehen am Sonntag die nordischen Meisterschaften des Schwarzwalds auf dem Hundseck. Damit werden die nordischen Meisterschaften erstmals nach dem Krieg im nördlichen Schwarzwald ausgetragen. Zu den Titelkämpfen wird die gesamte Elite des Schwarzwalds am Start erscheinen. Außerdem findet in Wieden am Fuß des Belchen ein Sprunglauf statt. Am Rollspitz wird ein Abfahrtslauf ausgetragen. Die Piste ist 1300 m lang und weist einen Höhenunterschied von 600 m auf. Zu diesem Lauf wird die gesamte alpine Elite des Südschwarzwalds erwartet.

Schwimmer messen ihre Kräfte

Das Mannheimer Herschelbad sieht am Sonntag einen Fünfer-Clubkampf, zu dem die Mannschaften der TSG Darmstadt, des 1. BSC Pforzheim, des KTV 46 Karlsruhe und des SV Ludwigshafen eingeladen wurden. Veranstalter ist der SV Mannheim. Im Rahmen dieses Fünfer-Clubkampfes findet auch ein Wasserballspiel statt, bei dem die Mannschaft des SV Mannheim auf die TSG Darmstadt trifft.

In Freiburg treffen sich Neptun Karlsruhe, Rotweiß Lörrach, Schwimmclub Schwenningen, SV Villingen, SSV Freiburg und eine Jugendbezirksauswahl von Freiburg zu einem Schwimmvergleichskampf. Veranstalter ist der SSV Freiburg.

Deutsche Siege bei den Berufsboxern

Bei den Berufsboxkämpfen in Stuttgart kamen die beiden Deutschen Meister im Welter- und Bantamgewicht, Gustav Scholz und Rudi Langer, zu schnellen ko.-Siegen. Gustav Scholz schlug den österreichischen Meister Ernst Walter bereits in der zweiten Runde ko. Bantamgewichtsmeister Langer machte mit dem Österreicher Sismek noch weniger Federlesens, und kam schon in der ersten Runde zu einem ko.-Sieg. Der deutsche Exmeister im Mittelgewicht, Hans Stretz, besiegte den Franzosen Invernizzi, der als französischer Ranglistendritter angekündigt war, nach Punkten. Deutschlands Exmeister im Mittelgewicht, Fritz Gahrmeister, errang einen Punktsieg über den österreichischen Mittelgewichtsmeister Poldi Bauer.

Oslo im Olympiadefieber

1200 Sportler kämpfen vor 1 Mill. Zuschauer — Schwierige Vorbereitungen

Endlich kam der Schnee, den das norwegische Olympische Komitee seit Wochen herbeigesehnt hat. Obgleich die Schneemengen noch nicht überwältigend sind, ist die Durchführung der Winterspiele wenigstens gesichert.

Es sind nicht gerade kleine Beträge, die für die norwegischen Veranstalter auf dem Spiele stehen, wenn die Winterkämpfe vom 14. bis 25. Februar 1952 ein Erfolg werden sollen. Die StadtOslo hat allein 14 Millionen Kronen für die Olympiade ausgegeben. Schon der Bau des neuen Jordal-Amphitheaters, wo die Eishockeyspiele abgehalten werden, hat vier Millionen verschlungen. Das ist das Doppelte der ursprünglich veranschlagten Bausumme, obwohl eine Reihe von Sportsleuten in ihrer Freizeit unentgeltlich die 20 000 Meter Rohre für die Gefrieranlage verlegt haben.

Der Ausbau des Bislet-Stadions, wo der Einmarsch der Olympiakämpfer vor 29 000 Zuschauern und vor König Haakon von Norwegen vor sich gehen wird und wohin die olympische Fackel von Skiläufern aus Telemarken gebracht wird, hat eine weitere Million gekostet. Außerdem mußten eine neue Straße und eine Brücke nach Norefjelle gebaut werden, wo das Langstreckenrennen ausgetragen wird. Auch in Oslo selbst wurde die bekannte Anfahrtstraße nach Holmenkollen ausgebaut.

Allein die verwaltungsmäßige Durchführung der Winterspiele erfordert 3 Millionen Kronen, und da die Eintrittskarten nur vier Millionen einbringen, während die Gesamtausgaben 14 Millionen betragen, ist es also keine billige Ehre, zu den 1200 Sportlern zu gehören, die am 14. Februar im Bislet-Stadion antreten werden.

Das größte Problem aber stellt die Unterbringung der Gäste und die Verteilung der 500 000 Eintrittskarten dar. Oslos drei größte Hotels sind seit Monaten ausverkauft. Im „Grand" und im „Bristol" wohnen die Leiter der Sportgruppen und das Olympische Komitee, während im neu eingeweihten Hotel „Viking" 400 Journalisten, Rundfunkreporter und Bildberichterstatter aus 30 Ländern untergebracht werden. Es war lange Zeit sehr schwierig, die Privatleute dazu zu bewegen, Zimmer zur Verfügung zu stellen, obwohl man ihnen sehr hohe Bettenpreise zugestand (16 Kronen für Einzelzimmer und 26 Kronen für Doppelzimmer). Dann fand das Olympische Komitee das Ei des Kolumbus: man richtete für die privaten Zimmervermieter eine Eintrittskartenverlosung ein und gab ihnen außerdem die Möglichkeit, Bettwäsche, die seit Kriegsbeginn in Norwegen rationiert ist, bezugsscheinfrei zu kaufen. Ein letzter Ausweg, Olympiadenbesucher unterzubringen sind immer noch die Osloer Schulen. Da die Schulkinder während der Olympiade frei haben werden, können die 13 Osloer Schulen in Massenquartiere umgewandelt werden und eine beträchtliche Anzahl von Besuchern aufnehmen.

Ein nicht wenig diskutiertes Problem ist der „olympische Ausschank". Die Bestimmungen über den Ausschank von Alkohol in Norwegen sind sehr streng. Übers Wochenende darf nur Wein und Bier serviert werden, und werktags ist um Mitternacht Polizeistunde. Diese Beschneidung des Rechts des freien Bürgers, zu trinken, wann und wo er will, wünschte man für die Zeit der Olympiade aufzuheben, aber ohne Erfolg. Das würde nämlich eine Gesetzesänderung erfordern, und der norwegische Reichstag ist der Ansicht, daß es wegen eines sportlichen Treffens einer solchen Gesetzesvorlage nicht bedarf. Dafür können sich die ausländischen Sportler damit trösten, daß sie so viel Wein, Spirituosen, Lebensmittel und Tabak zollfrei einführen können, wie sie wollen. Und vielleicht wird man die Polizeistunde der Lokale doch bis 2 Uhr verlängern. INA.

EINER VOM ZIRKUS STRASSBECK

ROMAN VON HARALD BAUMGARTEN

Copyright by Carl Duncker, Berlin, durch Verlag v. Graberg & Görg, Wiesbaden

(21. Fortsetzung)

Er ist verrückt! durchschoß es ihn. Er läßt sich verhaften, und ein einziger Satz könnte ihn doch befreien: Ich bin zu der fraglichen Zeit mit Viktoria Falck zusammen gewesen.

Aber nein, er schwieg. Viktorias wegen schwieg er. Oder — gar seinetwegen? Thomas Holstens wegen? Der Gedanke überfiel ihn so jäh, daß er sich umdrehte und hinauslief. Neben ihm her lief das Bild, das er eben gesehen hatte. Der Kriminalrat, der Peter verhaftete.

Hatte dieses gleiche Bild Thomas Holten nicht schon oft in den letzten Jahren gequält? Das gleiche Bild, das schon einmal auf der Leinwand des Lebens erschienen war. In Neapel hatte es sich abgespielt. In dem kleinen Zirkus des Direktors Verani.

Nie hatte es Thomas Holten wirklich gesehen, aber er hatte es sich vorgestellt, sich ausgemalt mit allen seinen Begleiterscheinungen. Die Worte, die er heute nachmittag geflüstert hatte, als Viktoria im Musikzimmer vor ihm stand, bedrängten ihn. „Mein Freund Peter — Mein Freund Peter!"

Viktoria war auf einmal weit fort. Er war noch ein junger Student, der, Liebeskummer im Herzen, durch Neapels Gassen irrte.

„Dein Freund Peter? Jetzt hast du ihn zum zweitenmal verraten!" Die Scham brannte in ihm. Er kam sich verächtlich und verabscheuungswürdig vor. Peter verriet keinen Menschen! Nicht um den Preis seiner Freiheit, nicht um den schmählichen Verdacht von sich abzuwälzen. Peter verriet Viktoria nicht.

Und er selbst? Thomas hetzte weiter durch die Regennacht. Neben ihm — unabweislich, stark, groß und voller Anklagen — lief sein Gewissen.

Ein fahler Morgen graute, als er endlich zu Hause anlangte. Morgen wird es bereinigt, schwor er sich selber. Morgen! Nein — heute! Angekleidet warf er sich auf sein Bett und überlegte.

Klar und klug wurden seine Gedanken. Er formulierte jeden Satz, den er sprechen mußte. Hier ging es nicht nur um ihn und Peter — hier ging es auch noch um Viktoria!

XIII.

Obwohl es erst 8 Uhr morgens war, stand dichter Tabaksqualm in Wolken unter der niedrigen Decke der Kellerkneipe „Zum krummen Eck". Früh um vier ging der Betrieb hier los. Arbeiter kamen von der Nachtschicht, und bald darauf begann ein reges Leben um die Tonbank.

Heini Stüven, der Bass, stand, wie jeden Tag, mit aufgerollten Hemdsärmeln, den Ledergurt prall um den mächtigen Bauch, und schenkte aus. Der Kaffeekessel summte. Nun schob er die dickrandige Steinguttasse dem Manne hin, der in einem sauber gebürsteten blauen Anzug schon eine ganze Weile vor der Theke gestanden hatte und dessen Gespräch mit dem Bass immer wieder durch neue Gäste unterbrochen worden war.

„Dann willst du also man wedder los, Kurt?" fragte er und ließ den Bierhahn laufen. „Jawoll, Heini. Wird nur nicht so einfach sein. Ich bin jetzt fünf Jahre raus. Ich hab gedacht, du kannst mir ne Empfehlung geben." Das gutmütige Vollmondgesicht des Wirtes glänzte geschmeichelt. „Tja, min Jung, hast recht. Aber einfach liegt deine Sache nicht. Die Segler sind fast ausgestorben, und auf den Dampfern wollen sie alle junge, plietsche Stewards — wegen der Passagiere, weißt du. Is nich mehr so ne christliche Seefahrt, wie in unseren Tagen, nöch? Gefällt es dir denn nich mehr bei Erna? Ich meinte immer, du wirst da unterkriechen."

Stumm trank Geisselbrecht den Kaffee in sich hinein. Dann zog er die breiten Schultern hoch. „Die Erna is nichts für mich, Heini. Sie is launisch. Nu dachte ich, jetzt geht's vielleicht. Aber gestern abend hat's wieder 'nen großen Krach zwischen uns gegeben. Und immer das viele Trinken . . . Nee, ich such mir nen Kahn. Je weiter, je lieber. Mein Buch is in Ordnung. Ich schmeiß den Kram bei der Spiekermann hin und trudle los."

Der Bass begrüßte schon mit ausdrucksvollem Kopfnicken einen neuen Gast, während er sagte: „Jeder muß wissen, was er tut, Kurt. Ich werd mich für dich umhören." Er streckte Geisselbrecht die Hand hin. „Denn kiek mal wedder in!"

Umständlich setzte sich Geisselbrecht seinen breitrandigen Hut auf, zog die Weste herunter und knöpft den Rock zu. Dann ging er mit wiegenden Schritten aus dem Lokal. Seine große Hand tastete nach der linken Brusttasche. Großer Mist ist das! dachte er. Ich hätte mich viel früher nach einem Schiff umsehen sollen. Neulich war'n Käptn bei uns, der suchte einen Steward. Da hätte ich mich melden sollen. „Ich bin Ihr Mann, Käptn!" Ja — wer alles voraussehen könnte. Nun hab ich den Salat. Zehn Uhr Vorladung — genau zur gleichen Zeit? Hat das schon was zu bedeuten? Warum wird die Spiekermann nicht vorgeladen?

Die Bernhard-Nocht-Straße, in die er jetzt einbog, lag menschenleer. Die Häuser hockten trübselig im nebligen Frühlingdunst, die Fensterläden waren geschlossen. Die ganze Straße schien vom gleichen Katzenjammer erfüllt zu sein, der das Gemüt des Mixers verdüsterte.

Geisselbrecht ging am Hotel Spiekermann vorbei und warf einen mißbilligenden Blick auf das alte Haus. Die Erna hatte recht. Der ganze Kasten mußte neu verputzt werden. Neue Jalousien, die nicht wie toll klapperten, wenn der Wind auf sie losfuhr. Anständige Möbel in die Zimmer. Aber was ging es ihn an! Er würde schon Glück haben und ein Schiff kriegen. Wenn diese dumme Vernehmung vorbei war, wollte er gleich auf Suche gehen. Diese letzten fünf Jahre waren sinnlos gewesen. Er gehörte auf See.

Der Mixer ging die Straße weiter, bis er vor dem Hause Nummer 16 stehenblieb. Hier steckte er Daumen und Zeigefinger in den Mund und stieß einen grellen Pfiff aus. Ein Fensterflügel klirrte, und Alettes Kopf wurde sichtbar. Glatte, blonde Strähnen hingen über ihre Stirn. „Komm rauf!" rief sie laut hinunter und winkte mit der Brennschere.

Die Barfrau stand schon an der Flurtür, als Geisselbrecht die Treppe hinaufstieg. „Is ja noch viel zu früh. Wir sollen doch erst um zehn Uhr da sein", sagte Alette statt einer Begrüßung und ging in ihr Zimmer, es Geisselbrecht überlassend, ob er ihr folgen wollte oder nicht.

Der Mixer schüttelte sich. Ich passe gar nicht in den ganzen Laden, empfand er jäh. Ich brauche saubere Verhältnisse, wo ich in Ruhe leben kann. Er bohrte die Hände in die Taschen und wiegte hinter Alette her.

Stumpf betrachtete er die grün tapezierten Wände des Zimmers, die er hoffentlich nie wiedersehen würde. Ohne Umstände setzte er sich auf einen Plüschsessel. Die Barfrau vollendete ungeniert ihre Toilette. Geisselbrecht öffnete das Fenster. Man konnte von hier aus das Wasser nicht sehen, aber man roch den Hafen. Der Mixer starrte auf die Hausnummern und sah im Geiste den funkelnden Glanz des Meeres vor sich. Ach, wenn er nur erst ein Schiff hätte und wenn es noch so'n alter Kasten war. Er zwang sich in die Gegenwart zurück und drehte sich nach Alette um. „Na, was wirst du denn aussagen, Alette?"

„Ich werd auf das antworten, was man mich fragt. Meinst du nicht?"

„Ja, ja", erwiderte er langsam und rückte die buntseidene Krawatte zurecht. Er suchte nach einem unverfänglichen Anfang. „Mußt nicht denken, daß ich Angst habe, Alette. Ich kann mein Alibi nachweisen. Ich war im Hippodrom, verstehst du? Mit Karl Suhr, dem Wirt, habe ich Grog getrunken. Immer eine Runde ich — eine Runde er."

Den abgetragenen Morgenrock eng um die Hüften schlagend, spöttelte sie: „Na also — was regst du dich denn auf? Wenn du ein Alibi hast . . ."

(Fortsetzung folgt)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg